

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

25.01.2011

Ausschussbetreuender Fachbereich

Angelegenheiten der Gemeindeverfassung /

Ratsbüro

Schriftführung

Christian Ruhe

Telefon-Nr.

02202-142237

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss

Sitzung am Donnerstag, 09.12.2010

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:04 Uhr - 20:44 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

19:30 Uhr – 19:42 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30.09.2010 - öffentlicher Teil**
0559/2010
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Genehmigung von Dienstreisen**
- 5.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung vom 11.11.2010 über die Genehmigung der Dienstreisen von Rats- und Ausschussmitgliedern zur 72. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk**

Köln am 23.11.2010 in Würselen
0557/2010

- 5.2 **Nachträgliche Genehmigung einer Dienstreise**
hier: Dienstreise eines Mitgliedes des Integrationsrates nach Neuss
0647/2010
6. **Plan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern 2011 - 2013 einschließlich Bericht zum Frauenförderplan 2007 - 2010**
0556/2010
7. **Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2011**
0601/2010
8. **Teilhaushalt 2011 in der Zuständigkeit des HFA**
- 8.1 **Haushalt 2011 - Haushaltsziele und Budgets des Fachbereiches 1 und der Steuerungsunterstützung VV II-1**
0588/2010
- 8.2 **Haushalt 2011- FB 3**
0635/2010
9. **Haushalt 2011 und Haushaltssicherungskonzept**
0648/2010
10. **Finanzplanung Integrationsrat 2010**
0604/2010
11. **Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**
0582/2010
12. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2008**
0637/2010
13. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2009**
0638/2010
14. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2010**
0639/2010
15. **Änderungen des Gesellschaftsvertrages der GL Service gGmbH**
0546/2010
16. **Jahresabschluss 2008 der GL Service gGmbH**
0636/2010
17. **Förderkonzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit ab 2011**
0519/2010
18. **III. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern**
0577/2010

19. **Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW**
0469/2010
20. **XIX. Nachtragssatzung zur „Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach“**
0591/2010
21. **III. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach - Friedhofssatzung**
0489/2010
22. **III. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
0522/2010
23. **Offenhalten von Verkaufsstellen**
0632/2010
24. **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Kürten und der Stadt Bergisch Gladbach bezüglich der Trink- und Löschwasserversorgung Broichhausen**
0606/2010
25. **Parkraumbewirtschaftungskonzept**
0529/2010
26. **Änderung der Bürgerschaftsrichtlinien**
0486/2010
27. **Dienstanweisung der Stadt Bergisch Gladbach für den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten im kommunalen Zins- und Schuldenmanagement**
0610/2010
28. **Unterfinanzierung der Stadt Bergisch Gladbach bei der Wahrnehmung von Pflichtaufgaben**
0640/2010
29. **Anträge der Fraktionen**
- 29.1 **Antrag der SPD Fraktion vom 05.10.2010 zur Gründung von Stadtwerken**
0643/2010
- 29.2 **Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 10.09.2010 Bürgersolaranlage - Umweltschutz mit hoher Rendite**
0642/2010
- 29.3 **Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2010 zum Erhalt der Gewerbesteuer und zur Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben**
0614/2010
30. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Bürgermeister Urbach, eröffnet die achte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der achten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die Sitzung haben sich Herr Haasbach (CDU) und Herr Hoffstadt (SPD) entschuldigt. Sie werden vertreten durch Herrn Höring (CDU) und Herrn Dr. Mieke (SPD). Zudem fehlt Herr Gerhards (FDP), der durch Frau Schmidt-Bolzmann (FDP) vertreten wird.

Herr Urbach benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 24.11.2010 mit den dazugehörigen Vorlagen sowie
- einen Sachantrag der CDU-Fraktion und einen Sachantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu TOP A 9 (Haushalt 2011 und Haushaltssicherungskonzept, Vorlage Nr. 0648/2010) als Tischvorlagen.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30.09.2010 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30.09.2010 - öffentlicher Teil *0559/2010*

Herr Urbach aktualisiert den Bericht über die Durchführung der Beschlüsse in Bezug auf den Tagesordnungspunkt A 10 – Errichtungsbeschluss zur Gründung des „Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)“ der vergangenen Sitzung wie folgt:

Aufgrund der Anzeige der Stadt Bergisch Gladbach vom 03.11.2010 habe die Kommunalaufsicht nach Prüfung der Unterlagen mit Schreiben vom 26.11.2010 mitgeteilt, dass die erforderlichen Voraussetzungen für die Gründung der AöR gegeben seien. Da sich die Stadt im Nothaushalt befinde, sei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass künftige Kreditaufnahmen zur Finanzierung der AöR nicht dazu führen dürften, dass der den Nothaushaltsgemeinden zustehende Kreditdeckel überschritten werde und eine Umgehung der Beschränkungen stattfinde. Entsprechende Kreditaufnahmen der AöR seien daher analog zu ÖPP/PPP-Modellen im städtischen Haushalt abzubilden. Entsprechend Ziffer 4.5.4 des Leitfadens wäre hier ein Kredit mit einem Zehntel als fiktiver Eigenanteil in die Dringlichkeitsliste aufzunehmen. Die öffentliche Bekanntmachung der Satzung der AöR sei veranlasst.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

5. Genehmigung von Dienstreisen

5.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung vom 11.11.2010 über die Genehmigung der Dienstreisen von Rats- und Ausschussmitgliedern zur 72. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk Köln am 23.11.2010 in Würselen

0557/2010

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dringlichkeitsentscheidung vom 11.11.2010 über die Genehmigung der Dienstreisen der Mitglieder des Rates Frau Dorothea Dietsch, Herr Robert Martin Kraus, Frau Helene Hammelrath, Frau Waltraud Schneider, Frau Brigitte Schöttler-Fuchs, Herr Klaus Wolfgang Waldschmidt, Herr Dr. Peter Baeumle-Courth, Frau Renate Beisenherz-Galas, Herr Dr. Reimer Fischer, Herr Wilfried Kamp und Herr Bernhard Mörs und der sachkundigen Bürger Herr Dr. Gerald Karich und Herr Herbert Brenneiser zur 72. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk Köln am 23.11.2010 in Würselen wird gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW genehmigt.

5.2 Nachträgliche Genehmigung einer Dienstreise

hier: Dienstreise eines Mitgliedes des Integrationsrates nach Neuss

0647/2010

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dienstreise des Vorsitzenden des Integrationsrates, Herr Bülent Iyilik am 30.10.2010 nach Neuss wird nachträglich genehmigt.

6. Plan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern 2011 - 2013 einschließlich Bericht zum Frauenförderplan 2007 - 2010

0556/2010

Herr Urbach erläutert, eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Fachbereich 1 und dem Personalrat, habe unter Leitung des Frauenbüros den Plan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern 2011 bis 2013, der den Ratsmitgliedern mit der Vorlage übersandt worden sei, erarbeitet. Der Bericht über den letzten Frauenförderplan und der neue Plan zur Chancengleichheit 2011 bis 2013 seien in einem Dokument zusammengefasst worden. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann habe in der Sitzung am 18.11.2010 dem Rat einstimmig empfohlen, den Plan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern 2011 bis 2013 zu beschließen.

Frau Fahner erläutert, der Frauenförderplan sei zum „Plan zur Chancengleichheit“ umbenannt worden. Damit solle dokumentiert werden, dass die Thematik „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ in zunehmendem Maße auch Männer betreffe, dass nach wie vor jedoch spezielle Maßnahmen für Frauen nötig seien. Der Plan sei ähnlich wie die vergangenen Pläne aufgebaut, und zwar differenziert nach Berufsgruppen, Beschäftigungsumfang und dem separat aufgeführten Bereich Aus- und Fortbildung. Es seien nur die befristet Beschäftigten berücksichtigt worden, die länger als ein halbes Jahr in der Verwaltung beschäftigt seien. Neu aufgenommen worden sei die Tabelle „Führungskräfte“. Es sei das Fazit des vorliegenden Planes und Berichtes, dass sich die Stadt Bergisch Gladbach in Bezug auf die Frauenförderung auf einem guten Weg befinde. In den vergangenen Jahren sei auch eine Änderung in der Führungskultur dahingehend erreicht worden, dass gleichstellungsrelevante Themen selbstverständlich berücksichtigt würden. Der Bereich Teilzeitarbeit sei vorbildlich

geregelt; es gebe mittlerweile über 100 verschiedene Teilzeitmodelle. Auch zum Themenbereich Aus- und Fortbildung bestehe zwischen dem Fachbereich 1 und der Gleichstellungsstelle eine hervorragende Zusammenarbeit; als Beispiel sei das Coaching für Führungskräfte zu nennen. Es sei auch sehr positiv zu bewerten, dass der Fachbereichsleiter das Thema „Personalentwicklung“ gezielt aufgreifen werde. Am Frauenanteil in der Verwaltung habe sich im Vergleich mit dem letzten Bericht nur wenig geändert; im Beamtenbereich hätten sich Änderungen zu Gunsten der Frauen in den Besoldungsgruppen A 12/A 13 ergeben, bei den tariflich Beschäftigten in der ehemaligen Entgeltgruppe 11 – jetzt S 17 für die Sozialpädagoginnen und –pädagogen. Kritisch zu beurteilen sei der Frauenanteil in Führungspositionen, der deutlich zu niedrig sei und sich nur leicht erhöht habe. Hier sei eine Quotenregelung sinnvoll, um Änderungen erreichen zu können.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Plan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern 2011 bis 2013 der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach wird beschlossen.

7. Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2011 *0601/2010*

Herr Urbach erläutert, die vorgeschlagenen Veränderungen gegenüber dem Stellenplan 2010 seien in der Vorlage dargestellt. Im Einzelnen handele es sich um Stellenveränderungen bei Beschäftigten und Beamten, Stellenverlagerungen sowie neue bzw. wegfallende Stellen.

Herr Lang gibt Auszüge aus einem oberverwaltungsgerichtlichen Urteil zu Protokoll, die der Sitzungsniederschrift als Anlage beigelegt sind. Es sei die wesentliche Aussage des Gerichtes, dass die Gemeindeordnung NRW (GO NRW) zwar über das Informationsrecht des Ratsmitgliedes „nichts sage“, dass dieses Recht aber selbstverständlich sei, da das Ratsmitglied nach seinem Gewissen zu entscheiden habe, was nur möglich sei, wenn es „alles wisse“. Nach seiner Auffassung müssten daher im Stellenplan auch die Stelleninhaber aufgeführt werden. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB werde den Beschlussvorschlägen mit Ausnahme der neuen Stellen zustimmen.

Herr Nagelschmidt verweist auf die als Tischvorlage vorgelegten Änderungsanträge der CDU-Fraktion zum Haushalt 2011 und bittet um Berücksichtigung des Antrages zur Haushaltssicherungskonzept-Maßnahme (HSK-Maßnahme) 4.400.4 – Aufgabe der Subventionierung von Schulbibliotheken an Gymnasien –, die in der Vorlage unter dem Buchstaben E) aufgeführten Stellen 4-40-369 und 4-40-388 nicht mit einem kw-Vermerk zu versehen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die in der Vorlage unter dem Buchstaben A) dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Herr Kamp fragt, ob im Nothaushalt Beförderungen vorgenommen werden könnten und ob Gehaltserhöhungen vorgenommen würden.

Dies wird von Herrn Urbach verneint. Für einen Zeitraum von zwei Jahren könnten keine Beförderungen vorgenommen werden. Mit der Kommunalaufsicht könne dann über einen zu erwirtschaftenden Personalkostenkorridor verhandelt werden, innerhalb dessen ggf. Beförderungen in sehr beschränktem Umfang vorgenommen werden könnten. Auf Besoldungserhöhungen auf Grund eines Wechsels in höhere Altersstufen hätten Beamte einen gesetzlichen Anspruch, der zu erfüllen sei.

Herr Schütz fragt, ob mit den dargestellten Stellenneubewertungen bzw. –anhebungen gleichzeitig auch eine Beförderung der Stelleninhaber einhergehe.

Dies wird von Herrn Urbach verneint. Es handele sich um eine Neubewertung der Stellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die in der Vorlage unter dem Buchstaben B) dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Herr Waldschmidt bittet um eine separate Abstimmung des Beschlussvorschlages unter Buchstabe C) Ziffer 3., da die SPD-Fraktion der Verlagerung von Stellen in den Stadtentwicklungsbetrieb nicht zustimmen könne. Er fragt, wie sich die unter Buchstabe D) dargestellte Einrichtung einer neuen Stelle im Stadtentwicklungsbetrieb mit der Aussage des Bürgermeisters, den Stadtentwicklungsbetrieb mit dem vorhandenen Personal zu bewirtschaften und keine neuen Stellen auszuweisen, vereinbaren lasse.

Herr Urbach antwortet, er habe bereits vor der Wahl geäußert, dass er die städtische Wirtschaftsförderung als einen Schwerpunkt seiner Arbeit betrachte. Dieses Ziel sei ohne zusätzliches Personal nicht zu erfüllen. Die Stellenneueinrichtung sei nicht in den mit der Einrichtung des Stadtentwicklungsbetriebes einhergehenden organisatorischen Änderungen begründet.

Herr Wilhelm ergänzt, es werde in der Vorlage unter Buchstabe D) dargestellt, dass auch diese neu eingerichtete Stelle in den Stadtentwicklungsbetrieb verlagert werden solle.

Herr Dr. Fischer fragt zu dem Beschlussvorschlag unter Buchstabe C) Ziffer 1., wieso die dort aufgeführten zwei vakanten Stellen nicht gestrichen würden, anstatt diese in die Personalreserve zu verlagern.

Herr Wilhelm antwortet, auf Grund der Änderungen des Beamtenstatusgesetzes hätten Beamtenanwärter nach Bestehen der Laufbahnprüfung Anspruch auf eine Planstelle. Die Verwaltung müsse daher in Kongruenz zur Ausbildungsquote Stellen in der Personalreserve vorhalten, denen die Nachwuchskräfte nach Bestehen der Laufbahnprüfung zugewiesen würden, bevor man sie endgültigen Planstellen zuweise.

Herr Schütz fragt, welche Auswirkungen die unter Buchstabe C) Ziffer 3. dargestellte Verlagerung von fünf Stellen in den Stadtentwicklungsbetrieb habe; also ob die Stellen aus dem städtischen Stellenplan gestrichen und dem Stellenplan des Stadtentwicklungsbetriebes übertragen würden oder ob die Stellen dem Stadtentwicklungsbetrieb auf dem Wege der „Leihe“ oder „Miete“ zur Verfügung gestellt würden.

Herr Wilhelm antwortet, die Stellen würden nach einer Verlagerung im städtischen Stellenplan unter der Rubrik Stadtentwicklungsbetrieb außerhalb des Kernstellenplanes geführt und damit im Stellenplan nachweisbar bleiben. Die Stelleninhaberinnen und –inhaber würden dem Stadtentwicklungsbetrieb im Wege einer Abordnung für die Dauer von fünf Jahren zur Verfügung gestellt.

Herr Nagelschmidt äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dem Vorschlag der Verlagerung von Stellen in den Stadtentwicklungsbetrieb. Die CDU-Fraktion habe immer gefordert, dass für den Stadtentwicklungsbetrieb keine neuen Stellen geschaffen werden dürfen, und dieses Erfordernis werde auch eingehalten. Aus organisatorischen und anderen Gründen sei eine andere Lösung als die der Verlagerung der Stellen in den Stadtentwicklungsbetrieb nicht sinnvoll. Die Personalkosten würden dabei durch den Stadtentwicklungsbetrieb selbst getragen.

Herr Ziffus fragt, ob die Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) die sechs Stellen auf Dauer aus ihren möglichen Gewinnen finanzieren könne, so wie dies auch bei den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen in Form von gebührenfinanzierten Stellen der Fall sei.

Herr Wilhelm antwortet, die AöR erstatte der Stadt die Personalkosten unabhängig von der Höhe ihres Gewinnes.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die in der Vorlage unter dem Buchstaben C), Ziffern 1. und 2. dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und KIDinitiative bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die in der Vorlage unter dem Buchstaben C), Ziffer 3. dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Herr Lang bittet um getrennte Abstimmung über die neuen und die wegfallenden Stellen. Letzteren werde die Fraktion DIE LINKE./BfBB zustimmen.

Herr Urbach fragt, ob die Fraktion DIE LINKE./BfBB auch der Einrichtung von eineinhalb Stellen „Sachgebietsleitung Bezirkssozialarbeit“ nicht zustimmen wolle.

Herr Lang ergänzt, die Fraktion DIE LINKE./BfBB wolle den Vorschlägen generell zustimmen, habe jedoch noch Beratungsbedarf in Bezug auf die Einrichtung neuer Stellen, wozu er sich daher in der Abstimmung enthalten werde.

Herr Urbach lässt daraufhin über die Beschlussvorschläge unter Buchstabe D) – nach Herstellung eines Einvernehmens mit den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses über das Abstimmungsverfahren – wie folgend aufgeführt abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschusses beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die in der Vorlage unter dem Buchstaben D) – Fachbereich 4 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Der Haupt- und Finanzausschusses beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die in der Vorlage unter dem Buchstaben D) – Fachbereiche 5 und 7 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und KIDinitiative bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die in der Vorlage unter dem Buchstaben D) – Fachbereich 8 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Herr Urbach erläutert, in dem als Tischvorlage vorgelegten Änderungsantrag zum Haushalt beantrage die CDU-Fraktion unter anderem zur HSK-Maßnahme 4.400.4 – Aufgabe der Subventionierung von Schulbibliotheken an Gymnasien – die in der Vorlage unter dem Buchstaben E) aufgeführten Stellen 4-40-369 und 4-40-388 nicht mit einem kw-Vermerk zu versehen.

Herr Zalfen äußert die Ablehnung der Beschlussvorschläge unter Buchstabe E) durch die SPD-Fraktion. Die SPD-Fraktion halte es unter anderem für nicht förderlich für den Fortbestand des Hauses der Musik, den Bestand an fest angestellten Kräften weiter zu reduzieren.

Herr Dr. Miede ergänzt, der geplante Fachkräfteabbau an der Musikschule mache eine vernünftige Schulplanung unmöglich und gefährde die Musikschule in ihrem Bestand.

Herr Urbach antwortet, das Vorgehen, hauptamtliche Mitarbeiter durch Honorarkräfte zu ersetzen, sei nicht neu und in den vergangenen Jahren auch mit Zustimmung der SPD-Fraktion weiter verfolgt worden, da die Honorarkräfte deutlich günstiger seien. Es handele sich im Übrigen um eine freiwillige Leistung; für eine Beibehaltung der hauptamtlichen Kräfte im bisherigen Umfang müsste daher an anderer Stelle im Korridor eine entsprechende Einsparung umgesetzt werden.

Herr Dr. Miede entgegnet, er persönlich habe die entsprechenden Beschlüssen in der Vergangenheit nicht mitgetragen.

Herr Waldschmidt beantragt für die SPD-Fraktion, über die in der HSK-Maßnahme 4.400.5 – Schließung der öffentlichen Schulbibliothek Paffrath – begründeten Vorschläge im Stellenplanentwurf separat und namentlich abzustimmen. Auch ein Beschluss des „halbherzigen“ Antrages der CDU-Fraktion würde mittelfristig zu einer Schließung der Bibliothek führen. Aus Sicht der SPD-Fraktion müsse die Stadtteilbibliothek unbedingt erhalten bleiben.

Herr Nagelschmidt entgegnet, auch die CDU-Fraktion wolle die Stadtteilbibliothek erhalten, es müsse jedoch langfristig eine andere Lösung gefunden werden. Die Unterhaltung der Bibliothek mit ehrenamtlichen Kräften sei durchaus möglich. Er könne vor dem Hintergrund der Ausführungen der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen, dass diese nicht zumindest dem Antrag der CDU-Fraktion, die im Stellenplanentwurf unter Buchstabe E) aufgeführten Stellen 4-40-369 und 4-40-388 nicht mit einem kw-Vermerk zu versehen, zustimmen wolle.

Herr Schütz bittet um Auskunft über den Stand der Verhandlungen, die Trägerschaft über die Galerie Villa Zanders, das Museum Bensberg und das Schulmuseum Katterbach Vereinen zu übertragen. Die entsprechenden Stellen könnten nicht mit kw-Vermerken versehen werden, solange diese Frage nicht geklärt sei.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung befinde sich mit den Vereinen im Gespräch, jedoch mit unterschiedlichen Verhandlungsständen. Die Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes würden nach einem entsprechenden Beschluss des Rates in den kommenden Jahren umgesetzt und die Verwaltung sei optimistisch, auch die Übertragung der benannten Trägerschaften an Vereine umsetzen zu können. Dies solle auch im Stellenplan Berücksichtigung finden.

Herr Mömkes entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Waldschmidt, der Antrag der CDU-Fraktion zur HSK-Maßnahme 4.400.5 – Schließung der öffentlichen Schulbibliothek Paffrath –, sei keinesfalls halbherzig. Der Stelleninhaber werde sich noch fünf bis neun Jahre im Amt befinden und in dieser Zeit werde es sicherlich gelingen, eine Struktur aufzubauen, um die öffentliche Schulbibliothek mit ehrenamtlichen Kräften zu betreiben. Es gebe genügend Beispiele im Stadtgebiet dafür, dass dies gelingen könne. Die CDU-Fraktion habe bereits viele Gespräche mit möglichen Beteiligten geführt und überwiegend positive Rückmeldungen erhalten. Mit der Anbringung eines kw-Vermerkes an die Bibliothekarsstelle sei damit keinesfalls eine Schließung der Bücherei verbunden.

Herr Dr. Miede äußert erhebliche Zweifel daran, dass eine Bibliothek mit mehr als 40.000 Bänden durch ehrenamtliche Kräfte betreut werden könne. Der Antrag der CDU-Fraktion sei ein schlechtes Signal für Paffrath und den Erhalt der Bibliothek.

Herr Lang erläutert, die Fraktion DIE LINKE./BfBB werde vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte gegen die Beschlussvorschläge unter Buchstabe E) stimmen.

Auch Herr Dr. Baumle-Courth hält es für indiskutabel, den gesamten Stellenbestand der öffentlichen Schulbibliothek Paffrath mit kw-Vermerken zu versehen. Auch vor dem Hintergrund der von der Bundesbildungsministerin betonten Bedeutung der Büchereien dürfe genau auf diesen Bereich nicht der Focus für Streichungen gerichtet werden. Das Engagement ehrenamtlicher Kräfte sei sehr wichtig, könne jedoch nur eine Ergänzung zu hauptamtlichen Kräften darstellen.

Herr Mömkes entgegnet, genau deshalb habe die CDU-Fraktion auch beantragt, die Stellen im Bereich Schulbibliotheken an Gymnasien nicht mit einem kw-Vermerk zu versehen. Auch an der öffentlichen Schulbibliothek Paffrath werde bei einem Beschluss des weiteren Antrages der CDU-Fraktion eine hauptamtliche Kraft auf unbestimmte Zeit weiter beschäftigt, die durch eine ehrenamtliche Struktur unterstützt werden solle. Es gebe seit vielen Jahrzehnten außerordentlich erfolgreiche Büchereien verschiedener Größen, die von ungeschulten ehrenamtlichen Kräften geführt würden. Herr Mömkes verweist beispielhaft auf Borromäus- und Pfarr-Büchereien.

Herr Urbach weist ergänzend darauf hin, dass die von der CDU-Fraktion beantragte Anbringung eines kw-Vermerkes erst dann zum Tragen käme, wenn die Stelle nicht mehr besetzt sei.

Herr Dr. Miede entgegnet, er habe sich lediglich gegen die Anbringung des kw-Vermerkes ausgesprochen und nicht gegen eine ehrenamtliche Organisation von Büchereien. Der von Herrn Mömkes angestellte Vergleich der öffentlichen Schulbibliothek Paffrath mit Borromäus- und Pfarr-Büchereien sei jedoch unangebracht.

Herr Urbach bittet die SPD-Fraktion um Konkretisierung, ob sie die namentliche Abstimmung sowohl über die in der HSK-Maßnahme 4.400.4, als auch über die in der HSK-Maßnahme 4.400.5 begründeten Beschlussvorschläge beantrage und ob er ggf. über beide Maßnahmen gemeinsam abstimmen lassen könne.

Herr Waldschmidt erläutert, die SPD-Fraktion beantrage die namentliche Abstimmung über die von der CDU-Fraktion zur HSK-Maßnahme 4.400.5 beantragte Anbringung eines kw-Vermerkes.

Herr Urbach lässt daraufhin zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion zur HSK-Maßnahme 4.400.4 – Aufgabe der Subventionierung von Schulbibliotheken an Gymnasien –, die in der Vorlage unter dem Buchstaben E) aufgeführten Stellen 4-40-369 und 4-40-388 nicht mit einem kw-Vermerk zu versehen, abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Antrag der CDU-Fraktion zur HSK-Maßnahme 4.400.4 – Aufgabe der Subventionierung von Schulbibliotheken an Gymnasien –, die in der Vorlage unter dem Buchstaben E) aufgeführten Stellen 4-40-369 und 4-40-388 nicht mit einem kw-Vermerk zu versehen, wird angenommen.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der CDU-Fraktion zur HSK-Maßnahme 4.400.5 – Schließung der öffentlichen Schulbibliothek Paffrath –, in der Schulbibliothek Paffrath nur noch eine Bibliothekarsstelle zu erhalten, die mit einem kw-Vermerk versehen wird – dem Antrag der SPD-Fraktion folgend – namentlich abstimmen. Herr Urbach erläutert das Abstimmungsverfahren: Wer dem Antrag zustimmen wolle, der Stimme mit „Ja“, wer den Antrag ablehnen wolle, der Stimme mit „Nein“ und wer sich der Stimme enthalten wolle, der äußere „Enthaltung“. Sodann verliest Herr Urbach die Namen der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses bzw. der anwesenden Stellvertreterinnen und Stellvertreter in alphabetischer Reihenfolge und diese geben wie folgt ihre Stimmen ab:

Herr Dr. Baeumle-Courth	Nein
Herr Dr. Fischer	Ja
Herr Höring	Ja
Herr Kleine	Nein
Herr Lang	Nein
Frau Lehnert	Ja
Herr Dr. Mieke	Nein
Herr Mömkes	Ja
Frau Münzer	Ja
Herr Nagelschmidt	Ja
Frau Schmidt-Bolzmann	Ja
Herr Schütz	Nein
Herr Urbach	Ja
Herr Wagner	Ja
Herr Waldschmidt	Nein
Herr Willnecker	Ja
Herr Zalfen	Nein
Herr Ziffus	Nein

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt damit mehrheitlich mit zehn Ja-Stimmen gegen acht Nein-Stimmen, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Antrag der CDU-Fraktion zur HSK-Maßnahme 4.400.5 – Schließung der öffentlichen Schulbibliothek Paffrath –, in der Schulbibliothek Paffrath nur noch eine Bibliothekarsstelle zu erhalten, die mit einem kw-Vermerk versehen wird, wird angenommen.

Herr Urbach lässt daraufhin über die so geänderten Beschlussvorschläge unter Buchstabe E) der Vorlage abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die so geänderten, in der Vorlage unter dem Buchstaben E) dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

Herr Urbach lässt daraufhin über den so geänderten Gesamtbeschlussvorschlag abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschusses beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Stellenplan 2011 wird unter Berücksichtigung der zu den Buchstaben A) bis E) der Vorlage gefassten Beschlüsse beschlossen.

8. Teilhaushalt 2011 in der Zuständigkeit des HFA

8.1 Haushalt 2011 - Haushaltsziele und Budgets des Fachbereiches 1 und der Steuerungsunterstützung VV II-1
0588/2010

Herr Urbach erläutert, auf Grund der Zuständigkeiten des Haupt- und Finanzausschusses seien die Haushaltsziele und Budgets der Stabsstelle Steuerungsunterstützung – VV II-1 – sowie des Fachbereiches 1 – Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung – und deren Produktgruppen zu beraten. Nachdem der Rat in seiner Sitzung am 05.10.2010 die Einzeletats an die Fachausschüsse zur Beratung überwiesen habe, hätten sich bei einigen Produktgruppen Änderungen ergeben. Die Änderungen seien den Ratsmitgliedern als Anlage zu der Vorlage übersandt worden. Im Einzelnen handele es sich um die Änderungsliste Produktgruppe 001.001, die Änderungslisten Produktgruppe 001.110 und die Änderungsliste Investitionsmaßnahmen Produktgruppe 001.105.

Herr Waldschmidt nimmt Bezug auf den unter Ziffer 5 in dem als Tischvorlage vorgelegten Antrag der CDU-Fraktion zu TOP A 9 enthaltenen Prüfauftrag „Auflösung Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (SVB)“. Derartige Prüfaufträge seien in vergangenen HSK-Beratungen des Öfteren erteilt worden; der bezeichnete Prüfauftrag sei jedoch überflüssig. Die SVB habe neben der Herausgabe des Stadtfahrplanes keinerlei Aufgaben außer der Selbstverwaltung und diene im Übrigen nur dazu, dem Geschäftsführer ein Betätigungsfeld zu geben, das auch noch honoriert werde. Die SVB produziere Overhead-Kosten von fast 40.000,- EUR jährlich, was in der kommenden Aufsichtsratsitzung noch zu diskutieren sei. Die SPD-Fraktion beantrage daher, die Gesellschaft ohne weitere Prüfung aufzulösen.

Herr Urbach ruft Herrn Waldschmidt im Verlaufe seiner Ausführungen zur Sache.

Herr Nagelschmidt entgegnet, die CDU-Fraktion habe den Prüfauftrag mit dem Ziel der Darstellung beantragt, ob die SVB Aufgaben wahrnehme, die die Stadt Bergisch Gladbach im Nothaushalt nicht wahrnehmen könne. Wenn dies so wäre, sei zu entscheiden, ob die SVB diese Aufgaben weiter wahrnehmen solle oder ob die Stadt darauf verzichten könne. Es sei dabei auch zu beachten, dass die Gesellschaft nach einer Auflösung nicht wieder gegründet werden könne, wenn dies für eventuelle neue Aufgaben sinnvoll wäre.

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu dem von der CDU-Fraktion beantragten Prüfauftrag. Die FDP-Fraktion sehe Informationsbedarf dahingehend, ob die Verwaltung die bisherigen Aufgaben der SVB übernehmen könne. Die von der SVB erbrachten Leistungen zur Unterstützung des Öffentlichen Personennahverkehrs dürften keinen Schaden nehmen. Herr Dr. Fischer fragt, wer die Kosten der auf Seite 3 der Vorlage unter „Zu b)“ dargestellten Maßnahme zu tragen hätte.

Herr Schmickler antwortet, es handele sich um einen laufenden Auftrag, der im Wesentlichen vom Rheinisch-Bergischen Kreis, den Verkehrsunternehmen und mit Fördermitteln finanziert werde. Im Stadtgebiet sollten zwei zusätzliche Anlagen an den Verknüpfungspunkten Konrad-Adenauer-Platz und Refrath/Stadtbahn installiert werden. Diese beiden Anlagen seien im Projekt des Kreises nicht enthalten, würden aber darüber mit abgewickelt, so dass auch die Fördermittel in Anspruch genommen werden könnten. Die SVB habe lediglich den Eigenanteil zu übernehmen, wobei es sich um einen kleinen fünfstelligen Betrag handele, der jedoch noch nicht exakt dargestellt werden könne, da man sich derzeit noch in Vertragsgesprächen befinde.

Herr Ziffus erläutert, in dem Zielkatalog der SVB seien Ziele enthalten, die künftig durchaus interessant werden könnten, wie z.B. der Betrieb von Parkplätzen oder die Einrichtung eines Parkleitsystems. Dies sei in Anbetracht der derzeitigen Haushaltslage wohl nur über eine solche Gesellschaft möglich. Bei einer Auflösung der SVB würden die Kosten nur verlagert und es könnten wohl keine nennenswerten Einsparungen erzielt werden.

Herr Lang fragt, ob eine derartig ausführliche Diskussion gerechtfertigt sei und mit welcher Stelle der Vorlage sich dies begründen lasse. Aus seiner Sicht hätte die SVB dazu als gesonderter Punkt in die Tagesordnung aufgenommen werden müssen.

Herr Urbach antwortet, dies sei eine Frage der Bewertung. Eine Abstimmung über die Auflösung der Gesellschaft werde er heute nicht durchführen, da dies vorberaten werden müsse. Den Beschluss eines Prüfauftrages halte er jedoch für machbar.

Herr Lang entgegnet, seine Frage sei nicht beantwortet worden.

Herr Urbach verweist Herrn Lang auf Seite 2 der Vorlage.

Herr Dr. Baeumle-Courth hält es unter Bezugnahme auf die Seiten 8 ff. der Vorlage für sinnvoll, dass der Haupt- und Finanzausschuss die Thematik Informationstechnologie und Logistik in einer seiner Sitzungen im Jahr 2011 separat beraten solle. Dazu bittet er die Verwaltung um eine detaillierte Vorlage, damit Optimierungsmöglichkeiten deutlicher sichtbar würden. Für beratungsbedürftig halte er beispielsweise die Punkte „Einführung eines Optimierungs-Workflows“, „Kostentransparenz im Druck-Output-Management“, „D-115“ und „Transferaufwendungen an die KDVZ“.

Herr Urbach schlägt vor, dass der Leiter der Abteilung 1-12 – Informationstechnik und Statistik – einen Vortrag in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses halten könne zum Thema „Situation der IT in der Stadtverwaltung“.

Herr Schütz schlägt vor, den von der CDU-Fraktion beantragten Prüfauftrag dahingehend zu ergänzen, dass die SVB „stillgelegt“ werden könnte, wenn eine weitere Wahrnehmung der Aufgaben zum jetzigen Zeitpunkt als nicht sinnvoll erachtet werde, so dass man die Gesellschaft als „Vorratsgesellschaft“ ohne Geschäftsführung, Personal und Aktivitäten vorhalten und bei Bedarf zur Übernahme neuer Aufgaben reaktivieren könne.

Herr Urbach antwortet, dies könne im Wege der Bewertung des Prüfungsergebnisses in Betracht gezogen werden.

Herr Dr. Fischer schlägt vor, den von der CDU-Fraktion beantragten Prüfauftrag dahingehend zu ergänzen, dass das Ergebnis bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorliege.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde sich bemühen, dies einzuhalten.

Herr Lang erläutert, die aktuelle Diskussion sei nicht Bestandteil der Vorlage und er wehre sich gegen eine Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion, weil dies wieder eine Bevorzugung darstelle und unzulässig sei. Die Anträge anderer Fraktionen würden vom Rat an die Fachausschüsse verwiesen, was auch vorliegend eingehalten werden solle.

Herr Nagelschmidt entgegnet, der Prüfauftrag falle unter die Thematik SVB, die in der vorliegenden Vorlage behandelt werde, da sie in die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses falle. Einer Beschlussfassung über die von der CDU-Fraktion beantragte Prüfung stünden daher auch keine formalen Gründe entgegen.

Dies wird von Herrn Urbach bestätigt.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, der Bürgermeister müsse auch über den ergänzenden Antrag der FDP-Fraktion abstimmen lassen.

Herr Urbach entgegnet, er könne natürlich abstimmen lassen, dass das Ergebnis möglichst bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorliege; dies sei jedoch eine Frage der Machbarkeit. Er lasse daraufhin über den von der FDP-Fraktion ergänzten Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsführung der SVB die Auflösung der Gesellschaft mit dem Ziel von Kosteneinsparungen zu prüfen. Die Aufgaben der Gesellschaft sollen auf die Stadt übergehen. Das Ergebnis der Prüfung soll möglichst bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 24.03.2011 vorgelegt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der KIDinitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Teilhaushalte für den Fachbereich 1 und die Steuerungsunterstützung VV II-1 werden beschlossen.

8.2 Haushalt 2011- FB 3 *0635/2010*

Herr Urbach erläutert, auch zu diesem Tagesordnungspunkt hätten sich zwischenzeitlich in einigen Produktgruppen Änderungen ergeben. In diesen Fällen seien die allgemeinen Änderungslisten und die Änderungslisten zu HSK-Maßnahmen Grundlagen der Ausführungen in der Vorlage Nr. 0635/2010.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion das vom Bürgermeister vorgelegte Haushaltssicherungskonzept insgesamt und daher auch die in der Vorlage (Seite 7) dargestellten HSK-Maßnahmen zum Parkraumbewirtschaftungskonzept, zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung und zur Einsparung der Stelle eines Stadtwächters für nicht tragfähig halte. Mit der Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkzeiten sei eine weitere Möglichkeit gefunden worden, den Bürgern „in die Tasche zu greifen“. Bei der Ausweitung der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung handele es sich um nichts anderes als „Wegelagerei“. Es sei nicht angebracht, derartige Methoden zur Haushaltskonsolidierung heran zu ziehen. Der Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung habe dem Bürgermeister den Auftrag erteilt, Einsparungen in Höhe von 5 Mio. EUR zu erwirken; die Ge-

samtheit der Vorschläge des Bürgermeisters ziele jedoch nunmehr darauf ab, die Bürger mit Abgabenerhöhungen von insgesamt mehr als 2 Mio. EUR zusätzlich zu belasten. Herr Waldschmidt bittet um eine separate Abstimmung über die in der Vorlage (Seite 7) dargestellten HSK-Maßnahmen zum Parkraumbewirtschaftungskonzept, zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung und zur Einsparung der Stelle eines Stadtwächters.

Herr Ziffus fragt, welcher Anteil der in der Vorlage zum Produkt 001.300.010 – Recht – angesetzten Gutachten- und Prozesskosten in Höhe von 40.342,- EUR für die von der Fraktion DIE LINKE./BfBB angestregten Prozesse verplant sei. Die Parkraumbewirtschaftung verursache deutlich mehr Kosten, als derzeit durch Gebühren gedeckt würden. Unter Anwendung der Abschreibung auf den Wiederbeschaffungszeitwert müsste der Parkraum jährlich mit 2 Mio. EUR abgeschrieben werden. Dieser Abschreibung stünden Parkgebühreneinnahmen in Höhe von bisher nur 1,5 Mio. EUR gegenüber. Diese verdeckte Subventionierung des Parkens gelte es in Zeiten des Nothaushaltes zu beenden. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde diesem Beschlussvorschlag daher zustimmen.

Herr Mömkes erläutert, der vorliegende Vorschlag zur Parkraumbewirtschaftung sei Ausfluss von im Ergebnis weitgehend einvernehmlichen Gesprächen zwischen Politik, Verwaltung und Händlerschaft. Es sei den Händlern unbenommen, ihren Kunden Parkgebühren zurück zu erstatten, wie es auch in anderen Städten üblich sei.

Herr Lang fragt, ob die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nicht auch davon überzeugt seien, dass ein nicht genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept keinen Sinn habe und daher auch nicht derart detailliert erörtert werden müsse. Herr Lang erläutert unter Verweis auf Erfahrungen aus seiner Verwaltungstätigkeit, es sei nicht der Sinn von Parkgebühren, der Stadt Einnahmen zu verschaffen, sondern den Verkehr dahingehend zu erleichtern, dass jeder jederzeit einen Parkplatz vorfinde. Dieser Sinn werde jedoch wohl verfehlt, wenn die Werkstätigen durch eine Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkzeiten gehindert würden, die Stadt abends für Einkäufe anzufahren. Zudem sehe er für Bensberg keinen mit dem Zentrum Gladbach vergleichbar starken Regulierungsbedarf, weshalb man für diesen Bereich auch die Gebühren nicht erhöhen müsse. Dem vorliegenden Vorschlag, bei dem es sich um einen Versuch handele, „Geld zu schröpfen“, werde die Fraktion DIE LINKE./BfBB nicht zustimmen.

Herr Urbach entgegnet, nach der derzeitigen Rechtslage wäre das Haushaltssicherungskonzept genehmigungsfähig, wenn im Finanzplanungszeitraum ein Haushaltsausgleich dargestellt werden könne. Die Verwaltung befürchte für das Jahr 2014 jedoch noch ein Defizit von 15,4 Mio. EUR. Wenn die Fraktion DIE LINKE./BfBB Vorschläge unterbreiten könne, wie das Defizit um weitere 15,4 Mio. EUR reduziert werden könne, so wäre er selbst dankbar, wenn diese nun unterbreitet würden. Ansonsten sei die Alternative zur Aufstellung eines nicht genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes die Unterlassung der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, womit die Stadt jedoch ihre gesetzlichen und moralischen Pflichten missachten würde. Daher seien alle Anstrengungen gerechtfertigt, das bestehende Defizit zu verringern. Herr Urbach erläutert, er werte den Antrag der SPD-Fraktion als Änderungsantrag zur Vorlage dahingehend, dass die in der Vorlage (Seite 7) dargestellten HSK-Maßnahmen zum Parkraumbewirtschaftungskonzept, zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung und zur Einsparung der Stelle eines Stadtwächters nicht in das Haushaltssicherungskonzept aufgenommen werden sollen. Er werde darüber, wie beantragt, gesondert abstimmen lassen.

Herr Waldschmidt fragt, ob der Bürgermeister nicht daran gedacht habe, die von der Landesregierung angekündigten Gesetzesänderungen abzuwarten, um mit der Aufsichtsbehörde über einen neuen Korridor zu sprechen. Die neue Regierungspräsidentin habe bereits angekündigt, für die Einrichtung zehnprozentiger Korridore keine Zukunft mehr zu sehen. Zudem bittet er um Auskunft, ob der Bürgermeister es für sinnvoll erachte, die Erhöhung von Bußgeldeinnahmen im fließenden Straßen-

verkehr in unmittelbarem Zusammenhang mit einer HSK-Maßnahme zu setzen. Es zeige sich eine Tendenz in gerichtlichen Entscheidungen, dass eine Überwachung des fließenden Verkehrs zu Einnahmezwecken ohne Vorliegen von Erforderlichkeit aus Sicherheitsgründen als unzulässig erachtet werde und die entsprechenden Bußgeldbescheide aufgehoben würden.

Herr Urbach antwortet, nach Plänen der Landesregierung solle § 76 GO NRW dahingehend geändert werden, dass die Formulierung in Absatz 2 Satz 2 („Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn aus dem Haushaltssicherungskonzept hervorgeht, dass spätestens im letzten Jahr der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung der Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 wieder erreicht wird.“), ersatzlos gestrichen werde. Es wäre dann mit der Kommunalaufsicht zu verhandeln, unter welchen Bedingungen das Haushaltssicherungskonzept genehmigt werden könne. Eine solche Gesetzesänderung ändere jedoch an den Zahlen nichts; es handele sich somit um ein „Schlupfloch“, welches er jedoch nicht kritisiere, sondern als ersten Schritt zu einem Gesamtkonzept erachte. Die Stadt bliebe auch nach dieser Änderung verpflichtet, einen Monat vor Beginn des Kalenderjahres ihre Haushaltssatzung zu verabschieden.

Herr Widdenhöfer ergänzt, es sei zutreffend, dass Kommunen nur an Gefahrenstellen – also Unfallschwerpunkten, Kindergärten, Schulen etc. – den fließenden Verkehr überwachen dürften. Auf dem Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach befänden sich insgesamt 120 Gefahrenstellen, die im Einzelnen mit der Polizei abgestimmt seien. Es bestünden daher keinerlei Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Verfahrensweise; eine Geschwindigkeitsüberwachung aus reiner Gewinnerzielungsabsicht finde nicht statt.

Herr Wagner zeigt sich erstaunt über die Ausführungen von Herrn Waldschmidt zur Geschwindigkeitsüberwachung. Die Überwachung von Gefahrenstellen sei sinnvoll und notwendig. Die Händlerschaft habe dem Konzept zur Parkraumbewirtschaftung nach intensiver Diskussion mit Politik und Verwaltung zugestimmt, denn es solle verhindert werden, dass Dauerparker anderen Parkplatzsuchenden Parkplätze nehmen, die diese für die Erledigung ihrer Einkäufe benötigen.

Herr Dr. Baemle-Courth ergänzt, der fließende Verkehr werde aus seiner Sicht nicht intensiv genug überwacht. Er halte es für zu wenig restriktiv, dass es eine starre Liste mit 120 Gefahrenstellen gebe, an denen die Stadt den fließenden Verkehr überwachen dürfe. Es wäre zudem zu überdenken, auch die durch das Stadtgebiet verlaufenden Autobahnabschnitte mittels stationärer Überwachungsanlagen zu kontrollieren.

Herr Urbach antwortet, dass die aus einer solchen Überwachung resultierenden Bußgelder dem Rheinisch-Bergischen-Kreis zufließen würden.

Herr Kamp fragt, ob sich die bestehende Unterdeckung bei den Krankentransportgebühren durch die Aussetzung der Wehrpflicht und die damit einhergehende Aussetzung des Zivildienstes noch verschärfen werde. Der Krankentransport sei eine freiwillige Aufgabe und es könne darüber nachgedacht werden, diese den freien Trägern zu überlassen.

Herr Widdenhöfer antwortet, die Stadt sei momentan nach dem Rettungsbedarfsplan verpflichtet, vier Krankentransportwagen vorzuhalten. Derzeit werde der Rettungsbedarfsplan durch den Kreis überarbeitet und der Stadt im nächsten Jahr vorlegt. Dann werde die von Herrn Kamp aufgeworfene Frage zu diskutieren sein.

Herr Waldschmidt fragt, ob es zutrefte, dass die notwendige Überwachung des fließenden Verkehrs bisher nicht erfolgt sei, sondern erst jetzt auf Grund des Haushaltssicherungskonzeptes.

Herr Urbach entgegnet, die auch in der Vergangenheit vorgenommenen Überwachungen könnten verstärkt werden.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der SPD-Fraktion, die in der Vorlage (Seite 7) dargestellten HSK-Maßnahmen zum Parkraumbewirtschaftungskonzept, zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung und zur Einsparung der Stelle eines Stadtwächters nicht in das Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen, abstimmen.

Für den Antrag der SPD-Fraktion stimmen SPD und DIE LINKE./BfBB. Mit den Gegenstimmen der übrigen Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses und des Bürgermeisters wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der KIDinitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Teilhaushalt für den Fachbereich 3 wird beschlossen.

9. Haushalt 2011 und Haushaltssicherungskonzept

0648/2010

Herr Urbach erläutert, der Haushalt 2011 sei am 05.10.2010 im Rat eingebracht und zur Beratung an die Fachausschüsse überwiesen worden. In den Haushaltsberatungen der Fachausschüsse seien keine Beschlüsse gefasst worden. Der Haupt- und Finanzausschuss habe gemäß § 59 Absatz 2 GO NRW die Haushaltssatzung vorzubereiten. Seit der Entwurf der Haushaltssatzung 2011 eingebracht wurde, hätten sich Änderungen ergeben, über die die Ratsmitglieder durch die Vorlage Nr. 0648/2010, die mit der Einladung für die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses übersandt worden sei, informiert worden seien. Diese Informationen seien wie folgt zu ergänzen:

Deckungsvermerke für das Projekt Stadt gestalten

Die Investitionsaufträge zum Regionale 2010-Projekt Stadt gestalten seien in verschiedenen Produktgruppen ausgewiesen und damit nicht insgesamt deckungsfähig. Im Interesse einer flexiblen Handhabung sei aber eine solche Gesamtdeckung sinnvoll und wünschenswert. Die Verwaltung empfehle dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat daher folgende Ergänzung der Deckungsvermerke:

Am Ende der Deckungsvermerke (S. 426 des Haushaltsplanentwurfs) wird folgender Absatz hinzugefügt:

„Von den Regelungen zu Ziffer 1 bis 4 sind ebenfalls die veranschlagten investiven Ein- und Auszahlungen für das Regionale 2010-Projekt Stadt gestalten ausgenommen; diese bilden über die Produktgruppen 012.760 – Bau-, Unterhaltungs- und Planungsaufgaben an Verkehrsflächen und -anlagen – und 013.770 – Öffentliches Grün, Landschaftsbau – betrachtet ein Budget.“

Die neuen Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer seien im Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltssicherungskonzeptes dargestellt. Da die Haushaltssatzung mangels Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzeptes keine Rechtskraft erlangen werde, sei zur Erhebung der höheren Steuersätze eine gesonderte Steuerhebesatzsatzung erforderlich. Diese werde in der Ratssitzung unter TOP A 8 behandelt.

Die Prioritätenliste der Investitionen werde auf Basis der vom Rat beschlossenen Ansätze mit den vorgeschriebenen Kategorien vom Fachbereich Finanzen erstellt und der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt.

Die Ansatzserhöhung auf Grund der geänderten Elternbeitragssatzung sei in der Änderungsliste zum Haushaltssicherungskonzept enthalten, jedoch noch nicht als Haushaltsziel formuliert. Dies werde die Verwaltung nach dem entsprechenden Beschluss über die Änderung der Elternbeitragssatzung im endgültigen Haushaltsplan nachholen.

Herr Urbach erläutert in Bezug auf den als Tischvorlage vorgelegten Sachantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, nach § 17 Absatz 2 Geschäftsordnung müssten Sachanträge, die finanzielle Auswirkungen haben, einen Deckungsvorschlag enthalten. Dies werde mit dem vorliegenden Antrag nicht erfüllt. Grundsätzlich bestünden keine Bedenken, neue Ziele oder Änderungen definierter Ziele neu zu diskutieren und zu beschließen. Diese Diskussion sei aber im zuständigen Fachausschuss zu führen. Er schlage daher vor, den Antrag an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr zu überweisen, dessen nächste Sitzung am 17.02.2011 stattfinde.

Herr Ziffus erläutert, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN resultiere aus der Diskrepanz zwischen dem vom Rat beschlossenen Zielsteuerungskonzept, in das zum Themenbereich „Umwelt“ keine Ziele aufgenommen worden seien, und der vom Land vorgegebenen Haushaltssystematik. Nach dieser Systematik müsse die Stadt auch in den Bereichen Landschaftsschutz bzw. Umweltschutz Haushaltsziele aufstellen, was auch in die Zielsteuerung aufgenommen werden sollte.

Herr Urbach entgegnet, die inhaltliche Diskussion solle im zuständigen Fachausschuss erfolgen.

Herr Ziffus äußert sein Einverständnis zu einer Verweisung des Antrages an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr.

Hiermit zeigen sich auch die übrigen Ausschussmitglieder einvernehmlich einverstanden.

Herr Nagelschmidt erläutert in Bezug auf den als Tischvorlage vorgelegten Sachantrag der CDU-Fraktion, die CDU-Fraktion werde zu ihrem Vorschlägen in der Sitzung des Rates noch ausführlich Stellung nehmen. Zu dem Vorschlag zum Erhalt der Subventionierung von Schulbibliotheken an Gymnasien sei zu ergänzen, dass es sich bei der beantragten Rücknahme der Kürzung von 110.000,- EUR aus dem Haushaltssicherungskonzept nicht nur, sondern auch um Personalkosten handele.

Herr Waldschmidt erläutert, der vorliegende Haushaltsplanentwurf gebe keine Antworten darauf, wie die dringend notwendigen Schulsanierungen finanziert werden könnten. So würden zur Sanierung des Nikolaus-Cusanus-Gymnasiums etwa 12 Mio. EUR, des Otto-Hahn-Gymnasiums etwa 16 Mio. EUR und der Wilhelm-Wagener-Schule etwa 4,5 Mio. bis 5 Mio. EUR benötigt, die in der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2014 nicht berücksichtigt würden. Dies würde zur Folge haben, dass es an den Schulen zu Teilschließungen kommen werde. Die SPD-Fraktion habe im letzten Jahr eine Prüfung angeregt, ob und in welchem Umfang die Bäderfonds aufgelöst und zur Haushalts- oder Schulsanierung herangezogen werden könnten. Diese Prüfung sei bisher nicht erfolgt und allein dies reiche der SPD-Fraktion, den Haushaltsplanentwurf abzulehnen. Auch andere Einsparmöglichkeiten seien nicht überprüft worden. So würden andere Kommunen Bauhöfe gemeinschaftlich unterhalten und nutzen, während die Stadt Bergisch Gladbach noch immer zwei Bauhöfe inklusive einer Tankstelle mit hauptberuflichem Tankwart finanziere. Die Finanzierung der Erneuerung der Stadtbeleuchtung, zu der die Verwaltung unter Hinweis auf die Wirtschaftlichkeit dieser Investition eine Ausnahmegenehmigung beim Ministerium habe erwirken wollen, sei der Stadt leider versagt worden. Die von der SPD-Fraktion angeregte Prüfung, ob sich diese Investition eventuell auch mittels eines Contracting-Modelles hätte verwirklichen lassen können, sei dann ebenfalls nicht weiter verfolgt worden. Herr Waldschmidt beantragt für die SPD-Fraktion, den An-

satz zur Vergabe externer Gutachten zur Entwicklung des neuen Flächennutzungsplanes in Höhe von etwa 216.000,- EUR um 120.000,- EUR zu verringern, die Kürzung des Theaterzuschusses zurückzunehmen sowie die Sportförderung und den Schulbusverkehr nach Herkenrath in vollem Umfang aufrecht zu erhalten.

Herr Urbach bittet Herrn Waldschmidt um die Unterbreitung von Deckungsvorschlägen.

Herr Waldschmidt verweist auf seine Anregung, die Haushaltsverabschiedung bis zum Inkrafttreten der angekündigten Änderung der GO NRW zurückzustellen und dann mit dem Landrat Verhandlungen aufzunehmen. Zudem habe er u.a. auf Einsparmöglichkeiten durch die Zusammenlegung der Bauhöfe hingewiesen.

Herr Urbach entgegnet, dies seien keine Deckungsvorschläge und Herr Waldschmidt habe zudem Anträge zu den Korridorpositionen Theaterzuschuss und Sportförderung gestellt, deren Erhöhung zu einer Nichteinhaltung der Korridorvorgaben führen würde.

Herr Ziffus erläutert, der Stadtentwicklungsbetrieb könne z.B. durch die Beschleunigung von Bauleitplanverfahren in die Lage versetzt werden, mit den eingebrachten Grundstücken Gewinne zu erwirtschaften. Die Bauhöfe könnten z.B. zentral auf dem ehemaligen Köttgen-Gelände zusammengelegt werden. Die dadurch frei werdenden Grundstücke lägen in sehr guter Gewerbe- bzw. Wohnlage. Diese Vorhaben würden jedoch wohl erst im Hinblick auf das Haushaltsjahr 2012 zum Tragen kommen, sollten dazu aber im Jahr 2011 in Angriff genommen werden. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde entsprechende Anregungen einbringen. Mittels der eingesparten Mittel bzw. der Einnahmen könnte dann eventuell zumindest die Sanierung einer Schule finanziert werden. Eine moderate Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B und der Hundesteuer sei für die Einwohner zu verkraften; dem werde die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zustimmen, auch wenn diese Entscheidung nicht leicht gefallen sei. Auch der Überprüfung der Möglichkeit einer Erhöhung der Vergnügungssteuerhebesätze werde die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zustimmen. Der Erhalt der Schulbibliotheken sei der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN besonders wichtig; Seniorenbegegnungsstätten sollten erhalten und weiterentwickelt und auch die Verwirklichung der Radstation im Auge behalten werden; auch wenn der Antrag der CDU-Fraktion richtig sei, den Ansatz in Höhe von 75.000,- EUR zu streichen und den Schulen zuzuführen. Eine Diskussion über eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen sollte noch in den laufenden Haushaltsberatungen geführt werden. Auf Grund des bestehenden Diskussionsbedarfes werde sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der heutigen Abstimmung zum Haushalt enthalten.

Herr Urbach weist darauf hin, dass in einer Sondersitzung der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz die intensive Prüfung der Möglichkeiten zur kommunalen Zusammenarbeit vereinbart worden sei. Davon würden u.a. die Themenbereiche IT, Rechnungsprüfung und Bauhöfe umfasst.

Herr Schütz beantragt für die Fraktion KIDinitiative die folgende Änderung der Vergnügungssteuersatzung: Die Vergnügungssteuerhebesätze in § 8 Absatz 2 Ziffern 1 und 2 Vergnügungssteuersatzung werden von 13% auf 16% und von 11% auf 13% erhöht.

Herr Urbach empfiehlt, die Verwaltung solle zunächst an Hand der umfangreichen Rechtsprechung zu diesem Themenfeld die zulässigen Höchstgrenzen ermitteln, damit der Rat eine rechtssichere Satzung beschließen kann.

Herr Schütz entgegnet, diese Prüfung könne sicherlich bis zur Ratssitzung vorgenommen und ein entsprechender Beschluss gefasst werden. Schließlich sei zur heutigen Sitzung auch ein Antrag der CDU-Fraktion vorgelegt worden, die Hebesätze der Grundsteuer B anzuheben, wozu die Verwaltung keine Bedenken geäußert habe.

Herr Mömkes entgegnet, der Antragskatalog der CDU-Fraktion umfasse auch die Erteilung eines Auftrages an die Verwaltung, die Ausweitung und Erhöhung der Vergnügungssteuer inklusive neuer Bordellsteuer auf den maximalen Satz zu prüfen und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Lang äußert die Absicht der Fraktion DIE LINKE./BfBB, in der Sitzung des Rates den Antrag zu stellen, die Hebesätze der Grundsteuer und der Gewerbesteuer gleich hoch zu halten, indem der Hebesatz der Gewerbesteuer um 25 Prozentpunkte angehoben und der Hebesatz der Grundsteuer entsprechend gesenkt werde. Diesen Vorschlag habe die Fraktion DIE LINKE./BfBB auch der Industrie- und Handelskammer unterbreitet und auch eine gewisse Zustimmung erfahren. Dies geschehe mit dem Ziel, die Vorgaben des Sparkorridors, zu deren Einhaltung im Übrigen auch der Landrat die Stadt im Einzelnen nicht zwingen könne, abzuschaffen, indem ein alternatives Sanierungskonzept aufgestellt werde. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB stelle alle Kürzungen im sozialen Bereich – insbesondere im Jugendbereich –, kulturellen Bereich und im Sportbereich in Frage. Demgegenüber schlage die Fraktion DIE LINKE./BfBB auch Einsparungen zur Sanierung des Straßenbelages in der Fußgängerzone Gladbach vor, um auch nicht den Eindruck zu erwecken, die Stadt bevorzuge die Anlieger der Fußgängerzone. Bei Straßenverbesserungen in der Fußgängerzone sei die Stadt zur Erhebung von Beiträgen in Höhe von 50% verpflichtet, was zu einer Kürzung der Landeszuschüsse führen würde. Es treffe nicht zu, dass die Verwaltung von der Versicherung eine Mitteilung erhalten habe, das Pflaster erneuern zu müssen. Es gebe jedoch ein Urteil, in dem eine Klage auf Schadensersatz abgewiesen worden sei. Der Leiter des Fachbereiches 3 habe jedoch der Fraktion DIE LINKE./BfBB die Herausgabe der Unterlagen dazu verwehrt. Er verweise dazu auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes, das er den Fraktionen zur Verfügung stellen werde. Die Haftungspflicht der Stadt bestehe nur deshalb, weil diese die Straßenreinigung übernehme, wozu sie nicht verpflichtet sei. Die Reinigungspflicht und damit die Haftung könne auch den Anliegern übertragen werden. Die Pflicht der Stadt würde sich dann auf die Kontrolle beschränken. Zudem sei es fraglich, ob sich die Haftpflichtversicherung überhaupt lohne, da die Stadt eventuell höhere Beiträge zahle, als Leistungen in Anspruch genommen würden.

Herr Urbach ruft Herrn Lang zur Sache.

Herr Lang entgegnet, seine Ausführungen seien haushaltsrelevant.

Herr Urbach weist Herrn Lang ergänzend darauf hin, dass er die in § 13 Absatz 6 Geschäftsordnung vorgesehene Redezeit von bis zu zehn Minuten in Kürze erreicht habe.

Herr Lang erläutert, die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe zum Gebührenhaushalt festgestellt, dass jährlich ein Teil der Gebühreneinnahmen in eine Rücklage fließe und zur Liquiditätserhaltung verwendet werde, was zu einer temporären Verschiebung der Kassenkredite führe und keine dienliche Verwendung der Gebühreneinnahmen sei.

Herr Urbach entgegnet, die Stadt Rösrath habe versucht, sich den Korridorvorgaben zu verweigern und sei in diesem Versuch gescheitert. Die Rechtslage werde von Herrn Lang falsch eingeschätzt.

Herr Dr. Fischer signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu den Anträgen der CDU-Fraktion. Er beantragt für die FDP-Fraktion, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob in Bezug auf die Produktgruppen 009.610 (Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen) und 009.615 (Stadtentwicklungsplanung) Reduzierungen möglich seien. Ergänzend solle eine Sperre in Höhe von 10% bis zum Vorliegen des Prüfungsergebnisses beschlossen werden.

Herr Nagelschmidt entgegnet zu den Anträgen der SPD-Fraktion, die SPD-Fraktion habe sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, die Anträge in schriftlicher Form vorzulegen und Deckungsvorschläge zu entwickeln. Die SPD-Fraktion wisse, dass eine Verwirklichung nicht möglich sei; die Anträge seien daher verantwortungslos und populistisch.

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, es bestünden bezüglich des Haushaltes keine Spielräume. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN halte es für angebracht, dass in dieser Situation auch das Gewerbe durch eine moderate Gewerbesteuererhöhung herangezogen werden müsste. Die Stadt müsse u.a. eine Kultur definieren, die attraktiv und für Bergisch Gladbach typisch sei. Eine diesbezüglich attraktive Stadt habe auch für Unternehmen positive Auswirkungen. Er vermisse in der Diskussion den deutlichen Hinweis, dass das Konnexitätsprinzip eklatant nicht eingehalten werde und die Stadt daher nur wenige Einflussmöglichkeiten auf ihre Haushaltslage habe und darauf angewiesen sei, dass die Rahmenbedingungen auf staatlicher Ebene geändert würden. Der Rat könne sich über sechs- oder vielleicht sogar siebenstelligen Beträge austauschen, nicht aber über den benötigten achtstelligen Betrag. Dabei solle man jedoch ehrlich darüber beraten, welche kulturelle Einrichtung geschlossen werden solle, anstatt einen über viele Jahre schleichenden Prozess einzuleiten.

Herr Dr. Miede entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Nagelschmidt, die SPD-Fraktion habe für die Finanzierung der dringend nötigen Schulsanierungen bereits vor Monaten die Inanspruchnahme der Bäderfonds als Deckungsvorschlag unterbreitet, was jedoch kontinuierlich abgelehnt werde. Er beantrage daher, die Priorität der HSK-Maßnahme 4.400.1 – Überprüfung der Schulstandorte – von Stufe C auf Stufe A anzuheben.

Herr Mömkes erläutert, dieser Vorschlag sei sinnvoll. Der Schulentwicklungsplan werde dazu sicherlich Informationen liefern. Er wolle auch daran erinnern, dass die Gewerbetreibenden nicht nur die Erhöhung der Gewerbesteuer, sondern gleichzeitig auch die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B zu tragen hätten, die zudem nicht gewinnabhängig sei. Es wäre sicherlich interessant, wenn die Kämmerei darüber informieren könnte, welcher Anteil der Grundsteuerzahler gleichzeitig auch ein Gewerbe im Stadtgebiet ausübe.

Herr Waldschmidt entgegnet, die beantragten Steuererhöhungen befänden sich in einer Schieflage. So solle der Gewerbesteuerhebesatz um fünf Prozentpunkte, also weniger als 1%, der Hebesatz der Grundsteuer B jedoch um 35 Prozentpunkte, also ca. 8% erhöht werden. Diese Erhöhung sei auch nach Aussage des Vorsitzenden des Vereins Haus und Grund Rhein-Berg e. V. schlichtweg unsozial und werde daher von der SPD-Fraktion abgelehnt.

Herr Kamp erläutert, die Vorgaben des Landes und des Landrates würden nicht dazu führen, dass die Stadt sich in den nächsten Jahren aus dem Haushaltssicherungskonzept befreien könne. Es wäre erstrebenswert, dass Rat und Bürgermeister insgesamt mit einer Stimme sprechen würden, anstatt verschiedene Interessen unterschiedlicher Interessengruppen zu vertreten, womit keinem geholfen sei. Es sei die Intention der von der Fraktion Freie Wähler beantragten Einrichtung eines Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung gewesen, zunächst intern eine gemeinsame Linie zum Haushaltssicherungskonzept zu finden, die dann von Allen nach Außen vertreten werde. Steuererhöhungen seien in der derzeitigen Situation sicherlich angebracht, allerdings solle die Steuerpflicht auch durchgesetzt werden. In der vergangenen Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses sei aufgezeigt worden, dass dies nicht immer der Fall sei.

Herr Urbach bekräftigt die Aussage von Herrn Kamp, den Weg gemeinsam zu gehen. Er könne sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, dass nicht jeder sich an dieser Verantwortung beteiligen wolle.

Herr Lang bittet den Bürgermeister, bei den Hauptgewerbetreibenden, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, Haus und Grund e.V. und dem Landrat deren Auffassung zu den Anträgen der Fraktion DIE LINKE./BfBB abzufragen.

Nach einer Einigung über das Abstimmungsverfahren lässt Herr Urbach über die gestellten Anträge in der Reihenfolge der Größe der Fraktionen abstimmen.

Herr Urbach erläutert, dass Herr Nagelschmidt darauf hingewiesen habe, dass die Anträge der CDU-Fraktion zur Investitionsplanung (Reduzierung des Planansatzes Radstation 2011 in Höhe von 75.000,- EUR auf 0,- EUR und Erhöhung des Planansatzes BGA Schulen allgemein um 75.000,- EUR auf 575.000,- EUR) bereits in der Änderungsliste enthalten gewesen sei, womit sich eine weitere diesbezügliche Beschlussfassung erübrige. Über den unter Ziffer 5. beantragten Prüfauftrag habe der Haupt- und Finanzausschuss bereits bei der Behandlung von TOP A 8.1 Beschluss gefasst und darüber, die Stellen 4-40-369 und 4-40-388 nicht mit einem kw-Vermerk zu versehen sowie über den Erhalt nur noch einer Bibliothekars-Stelle in der Schulbibliothek Paffrath, die mit einem kw-Vermerk versehen wird, bei der Behandlung von TOP A 7.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt sodann auf Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

2.290.2 – Grundsteuer B: Erhöhung

Der Ansatz der Verwaltung von 487 Punkten wird um drei Punkte auf 490 Punkte erhöht.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

2.290.5 – Hundesteuer: Erhöhung

Der Planansatz 2011 in Höhe von 418.000,- EUR wird um 45.000,- EUR auf 453.000,- EUR erhöht.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Zu 4.400.4 – Aufgabe der Subventionierung von Schulbibliotheken an Gymnasien

Die HSK-Maßnahme erhält den neuen Titel: Aufgabe der Mediensubventionierung von Schulbibliotheken an Gymnasien

Der Planansatz 2011 in Höhe von 110.000,- EUR (Personalkosten) wird gestrichen, so dass die Subventionierung insoweit erhalten bleibt. Die Kürzung im Korridor in Höhe von 5.049,- EUR für Medien bleibt bestehen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD, DIE LINKE./BfBB und KIDinitiative bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Zu 4.400.5 – Schließung der öffentlichen Schulbibliothek Paffrath

Die HSK-Maßnahme erhält den neuen Titel: Restrukturierung der öffentlichen Bibliothek Paffrath

Ziel ist es, die Paffrather Bibliothek kurz- und mittelfristig mit ehrenamtlichen Kräften zu betreiben. Wie bei 4.400.4 wird auch hier der Medienetat gestrichen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Zu 4.490.1 – Streichung der Zuschüsse an Sportvereine

Der Planansatz 2011 in Höhe von 110.000,- EUR wird auf 55.000,- EUR halbiert. Der Wegfall des kompletten Zuschusses soll erst in 2012 erfolgen, damit die Sportvereine die Möglichkeit haben, die Strukturen im Jahr 2011 entsprechend anzupassen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Verwaltung werden die in dem als Tischvorlage vorgelegten Antrag der CDU-Fraktion unter den Ziffern 1. bis 4. aufgeführten Prüfaufträge erteilt.

Herr Dr. Fischer fragt Herrn Waldschmidt, ob die SPD-Fraktion dem Antrag der FDP-Fraktion folgen könne, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob in Bezug auf die Produktgruppen 009.610 (Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen) und 009.615 (Stadtentwicklungsplanung) Reduzierungen möglich seien und ergänzend eine Sperrung in Höhe von 10% bis zum Vorliegen des Prüfungsergebnisses zu beschließen.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, der Kürzungsantrag der SPD-Fraktion sei weitergehender als der beantragte Sperrvermerk der FDP-Fraktion. Die SPD-Fraktion wolle ein klares Zeichen setzen, da sie der Auffassung sei, dass die Mittel in Höhe von 120.000,- EUR nicht benötigt würden.

Herr Schmickler entgegnet, es handele sich um die Position, aus der die Stadtentwicklungsplanung und die darauf aufbauende Flächennutzungsplanung finanziert würden. In der Verwendung von knapp der Hälfte der angesetzten Mittel sei die Verwaltung durch die von Rat und Ausschüssen beschlossenen laufenden Aufträge bereits gebunden. Aus den restlichen Mitteln müsste insbesondere die Datenerhebung und –beschaffung finanziert werden, was die Verwaltung mit dem vorhandenen Personal nicht selbst leisten könne. Zudem sei in dem Ansatz ein Betrag für den Einstieg in die Rahmenplanung Bensberg enthalten, zu der die Verwaltung sich auch Fördermittel erhoffe und zudem eventuell in die Lage komme, durch ein umfangreiches Konzept an Fördertöpfe für spätere städtebauliche Maßnahmen zu gelangen. Bei einer Reduzierung des Ansatzes um 120.000,- EUR würde der Ansatz für die Rahmenplanung Bensberg komplett entfallen und der Ansatz für den Einstieg in die Flächennutzungsplanung reduziert. Damit könnte zwar das Stadtentwicklungskonzept fertig gestellt werden; dieses sollte jedoch nicht der Endpunkt sein, sondern den Übergang in die Flächennutzungsplanung darstellen.

Herr Dr. Bäumle-Courth ergänzt, die Stadt sei auf diese Planungen dringend angewiesen und die beantragte Kürzung nicht sinnvoll.

Dies wird von Herrn Mömkes bekräftigt. Die von der FDP-Fraktion beantragte Sperrung sei jedoch sinnvoll, um sicherzustellen, dass jede Maßnahme genau kalkuliert und überlegt werde.

Herr Waldschmidt erläutert, die SPD-Fraktion sei nicht gegen den Flächennutzungsplan, sondern vertrete die Auffassung, dass die Verwaltung viele Arbeiten selbst übernehmen könne.

Herr Urbach widerspricht dem Eindruck, die Verwaltung sei mit ihrem Arbeitsvolumen nicht ausgelastet. Die Stadt sei zudem auf einen neuen Flächennutzungsplan dringend angewiesen. Herr Schmickler ergänzt, es werde immer wieder eine intensivere Beteiligung der Öffentlichkeit gefordert. Die Verwaltung wolle mit dem Stadtentwicklungskonzept mögliche Konflikte aufarbeiten, bevor man in das förmliche Flächennutzungsplanverfahren eintrete.

Dies wird von Herrn Dr. Bäumle-Courth bekräftigt.

Herr Urbach schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen, um den Fraktionen die Möglichkeit der internen Beratung zu geben und unterbricht die Sitzung um 19:30 Uhr. Die Beratungen werden um 19:42 Uhr wieder aufgenommen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Bürgermeister, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die von der SPD-Fraktion beantragte Kürzung der Planungskosten (Produktgruppen 009.610 (Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen) und 009.615 (Stadtentwicklungsplanung)) von 216.000,- EUR um 120.000,- EUR wird abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Bürgermeister bei Enthaltung der KIDinitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die von der SPD-Fraktion beantragte Rücknahme der Kürzung des Theaterzuschusses wird abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die von der SPD-Fraktion beantragte vollständige Aufrechterhaltung der Sportförderung wird abgelehnt.

Herr Urbach weist zum Antrag der SPD-Fraktion zur Aufrechterhaltung des Schulbusverkehrs nach Herkenrath darauf hin, am Morgen des heutigen Tages seien aus dem Bus der Linie 453, der um 07:40 Uhr in Oberkühlheim starte, am Schulzentrum Herkenrath ca. 60 Personen ausgestiegen; der Schülerspezialverkehr sei von 18 Kindern genutzt worden. Es seien also insgesamt 78 Personen zum Schulzentrum befördert worden. Der Linienbus habe ein Fassungsvermögen von 91 Plätzen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDinitiative und Bürgermeister, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die von der SPD-Fraktion beantragte Aufrechterhaltung des Schulbusverkehrs nach Herkenrath wird abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Priorität der HSK-Maßnahme 4.400.1 – Überprüfung der Schulstandorte – wird von Stufe C auf Stufe A angehoben.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Antrag von Herrn Waldschmidt, auch der Haupt- und Finanzausschuss möge über den Antrag der SPD-Fraktion aus der Sitzung des Jugendhilfeaus-

schusses zur Sozialarbeit im Stadtteil Bockenberg abstimmen, mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die von der SPD-Fraktion beantragte Erhöhung des Ansatzes der Produktgruppe 006.570 auf 25.000,- EUR für die Sozialarbeit und das Sozialraummanagement im Stadtteil Bockenberg wird abgelehnt.

Herr Dr. Fischer erläutert, nach den Erörterungen in der Sitzungsunterbrechung ändere die FDP-Fraktion ihren Antrag wie folgt: Für Fremdvergaben im Bereich Stadtentwicklungsplanung wird eine Sperre beschlossen. Die Entscheidung über die Freigabe der Mittel für die jeweilige Einzelmaßnahme erfolgt durch den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Antrag der FDP-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimme des Bürgermeisters bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Für Fremdvergaben im Bereich Stadtentwicklungsplanung wird eine Sperre beschlossen. Die Entscheidung über die Freigabe der Mittel für die jeweilige Einzelmaßnahme erfolgt durch den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann.

Herr Urbach weist zum Antrag der Fraktion KIDitiative darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat auf Antrag der CDU-Fraktion bereits die Erteilung eines Prüfauftrages empfohlen habe.

Herr Nagelschmidt äußert Bedenken an der Rechtmäßigkeit eines Beschlusses des Antrages der Fraktion KIDitiative. Es könnte nur eine Veränderung des Haushaltsansatzes, jedoch keine Änderung der Vergütungssteuersatzung beschlossen werden, da dies nicht Bestandteil der Tagesordnung sei.

Herr Urbach verweist ergänzend auf seine bereits geäußerten Bedenken.

Herr Ziffus fragt, ob die Verwaltung die Rechtslage bis zur Sitzung des Rates aufarbeiten könne.

Dem wird von Herrn Widdenhöfer widersprochen. Die Bearbeitung könne auf Grund der umfänglich ergangenen Rechtsprechung nicht bis zur Ratssitzung erfolgen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister bei Enthaltung von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die von der Fraktion KIDitiative beantragte Erhöhung der Vergütungssteuerhebesätze in § 8 Absatz 2 Ziffern 1 und 2 Vergütungssteuersatzung von 13% auf 16 % und von 11% auf 13 % wird abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2011 sowie das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2011 ff. werden unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

10. **Finanzplanung Integrationsrat 2010**
0604/2010

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Finanzplanung des Integrationsrates wird zugestimmt.

11. **Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**
0582/2010

Herr Mömkes dankt insbesondere der Verwaltungsmitarbeiterin Frau Müller, die sich in den vergangenen Jahren sehr intensiv um die Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen gekümmert habe und bittet den Bürgermeister um eine Weiterleitung dieser Danksagung.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB folgenden **Beschluss**:

Die für das Jahr 2011 vorgesehenen städtepartnerschaftlichen Aktivitäten werden gebilligt.

12. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2008**
0637/2010

und

13. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2009**
0638/2010

und

14. **Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2010**
0639/2010

Auf eine entsprechende Frage von Herr Urbach zeigen die Ausschussmitglieder ihr Einverständnis dazu, die Tagesordnungspunkte A 12 bis A 14 gemeinsam zu beraten.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die vom Stadtkämmerer für die Haushaltsjahre 2008 bis 2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Absatz 2 GO NRW zur Kenntnis.

15. **Änderungen des Gesellschaftsvertrages der GL Service gGmbH**
0546/2010

Herr Lang beantragt eine Vertagung der Beratungen zu den Tagesordnungspunkten A 15 und A 16 in die Sitzung des Rates am 14.12.2010. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe noch Aussprachebedarf und frage außerdem, wie die 700,- bis 800,- EUR monatliches Entgelt für den Geschäftsführer begründet würden.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, es sei allgemeine Gepflogenheit, einem Vertagungsantrag nachzukommen, wenn eine Fraktion Beratungsbedarf signalisiere. Von diesem Verfahren solle der Ausschuss auch gegenüber „missliebigen“ Fraktionen nicht abweichen.

Herr Mömkes entgegnet, die CDU-Fraktion sehe sich in der Lage, die Tagesordnungspunkte in der heutigen Sitzung zu beraten und werde dem Vertagungsantrag nicht zustimmen. Die Vorlage Nr. 0546/2010 sei zudem bereits in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 18.11.2010 beraten worden. Wenn die Fraktion DIE LINKE./BfBB nicht in der Lage sei, eine Vorlage innerhalb von vier Wochen fraktionsintern zu beraten, so sei dies nicht das Problem der CDU-Fraktion.

Herr Lang bekräftigt die Ausführungen von Herrn Waldschmidt; es sollten keine „Ausnahmerechte für gewisse Fraktionen“ geschaffen werden.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB, die Beratungen zu den Tagesordnungspunkten A 15 und A 16 in die Sitzung des Rates am 14.12.2010 zu vertagen, abstimmen.

Für den Vertagungsantrag stimmen SPD, DIE LINKE./BfBB und KIDinitiative. Mit den Gegenstimmen von CDU und FDP wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der KIDinitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. **Der Rat beschließt die Änderungen des § 3 Nr. 4 sowie des § 13 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages entsprechend des Vorschlages der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott.**
2. **Der Rat beschließt die Änderung des § 10 Nr. 3 des Gesellschaftsvertrages entsprechend des Vorschlages der Geschäftsführung.**
3. **Der Rat beschließt die Änderung des § 8 des Gesellschaftsvertrages entsprechend des Vorschlages der Geschäftsführung.**

16. Jahresabschluss 2008 der GL Service gGmbH
0636/2010

Herr Kamp bittet den Bürgermeister, die Jahresabschlüsse zeitnaher vorzulegen.

Dies wird von Herrn Urbach zugesagt. In der kommenden Sitzung der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH solle der Jahresabschluss 2009 beraten werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der KIDinitiative, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

1. **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bestätigt den Beschluss der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH vom 02.12.2010 und stellt gemäß dem vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang den Jahresabschluss 2008 der Gesellschaft**
 - a) **in der Bilanz zum 31.12.2008 in Aktiva und Passiva mit 375.339,52 EUR, in der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von 3.559,63 EUR fest,**
 - b) **den Lagebericht 2008 fest. Ferner wird der Beschluss bestätigt,**
 - c) **den Jahresüberschuss 2008 in Höhe von 3.559,63 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.**

2. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bestätigt den Beschluss der Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführer Stephan Dekker und Bruno Hastrich für das Geschäftsjahr 2008 zu entlasten.

17. **Förderkonzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit ab 2011**

0519/2010

Herr Urbach weist auf die vom Jugendhilfeausschuss empfohlenen Änderungen hin. Der Haupt- und Finanzausschuss solle zu dem so geänderten Beschlussvorschlag eine Beschlussempfehlung abgeben.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der KIDinitiative, dem Rat folgende **modifizierte Beschlussempfehlung** zu geben:

1. Zur Sicherstellung der Fortführung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit stellt die Stadt Bergisch Gladbach mindestens

im Jahr 2011	570.913,- EUR
im Jahr 2012	566.513,- EUR
im Jahr 2013	569.063,- EUR
im Jahr 2014	571.613,- EUR
im Jahr 2015	574.163,- EUR

städtische Fördermittel entsprechend der vorgelegten Planung bereit.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den freien Trägern der geförderten Einrichtungen eine gemeinsame Rahmenvereinbarung zur kooperativen Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Aufgabenfeldes abzuschließen. Ergänzend zu der Rahmenvereinbarung sind Einzelverträge mit den jeweiligen Trägern abzuschließen, um die Details der Zuwendung für die jeweilige Einrichtung zu regeln.
3. Da mit den Verträgen die Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit geregelt ist, wird die Verwaltung beauftragt, zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Beschlussvorlage zur Anpassung der Richtlinien zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit vorzulegen (Aussetzungsbeschluss).
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Beteiligten das erste Dialogforum für das II. Quartal 2012 vorzubereiten.
5. Die Verwaltung wird in dem Vorhaben bekräftigt, bei Wegfall der drei Außenstellen alternative Maßnahmen für die bisherigen Angebote in Herkenrath, im Hermann-Löns-Viertel sowie im Wohnquartier Bockenbergr gemäß der Vorlage zu entwickeln und umzusetzen. Entsprechende Maßnahmen sind seitens der Verwaltung des Jugendamtes mit den Beteiligten vor Ort abzustimmen. Bei Umsetzung der Maßnahmen ist für einen nahtlosen zeitlichen Übergang an die wegfallenden Angebote zu sorgen. In der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgt ein Bericht über den aktuellen Sachstand.

18. **III. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern**

0577/2010

Herr Urbach weist auf die vom Jugendhilfeausschuss empfohlenen Änderungen hin. Der Haupt- und Finanzausschuss solle zu dem so geänderten Beschlussvorschlag eine Beschlussempfehlung abgeben.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **modifizierte Beschlussempfehlung** zu geben:

1. **Der Antrag der CDU-Fraktion, die Elternbeiträge für die Sekundarstufe I aus der Satzung herauszunehmen, wird angenommen.**
2. **Der so geänderten III. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern wird zugestimmt.**

19. **Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW**
0469/2010

Herr Urbach weist auf die vom Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann empfohlene redaktionelle Änderung in den Schlussbestimmungen der Zielvereinbarung („salvatorische“ Klausel statt „salvatorianische“ Klausel) hin. Der Haupt- und Finanzausschuss solle zu dem so geänderten Beschlussvorschlag eine Beschlussempfehlung abgeben.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE./BfBB, dem Rat folgende **modifizierte Beschlussempfehlung** zu geben:

Der der Vorlage beigefügten Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW zwischen dem Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Bergisch Gladbach wird mit einer redaktionelle Änderung in den Schlussbestimmungen der Zielvereinbarung („salvatorische“ Klausel statt „salvatorianische“ Klausel) zugestimmt.

20. **XIX. Nachtragssatzung zur „Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach“**
0591/2010

Herr Waldschmidt äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag und fragt, ob die Stadt mit der Gebühr für Krankentransporte gegenüber anderen Organisationen konkurrenzfähig sei.

Der stellvertretende Leiter des Fachbereiches 3, Herr Wolf, antwortet, für städtische Krankentransporte bestehe keine Konkurrenz. Nach dem Rettungsbedarfsplan sei der Krankentransportdienst der Feuerwehr allein zuständig für die Durchführung von Krankentransporten im Stadtgebiet nach dem Rettungsdienstgesetz. Dafür werde eine Genehmigung des Rettungsdienstträgers – des Rheinisch-Bergischen Kreises – benötigt, über die für das Stadtgebiet von Bergisch Gladbach und das Gemeindegebiet von Odenthal nur die Bergisch Gladbacher Feuerwehr als städtischer Krankentransportdienst verfüge. Nur Krankenfahrten würden auch von anderen Organisationen vorgenommen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die XIX. Nachtragssatzung zur „Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach“ wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

21. III. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach - Friedhofssatzung
0489/2010

Herr Urbach weist auf die vom Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr empfohlenen Änderungen hin. Der Haupt- und Finanzausschuss solle zu dem so geänderten Beschlussvorschlag eine Beschlussempfehlung abgeben.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **modifizierte Beschlussempfehlung** zu geben:

Die III. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach – Friedhofssatzung – wird in der Fassung der Vorlage mit folgenden Änderungen beschlossen:

Artikel II

§ 5 Absatz 2 wird um die Buchstaben h), i) und j) mit folgendem Wortlaut ergänzt:

- h) zu lärmern oder zu lagern;
- i) Tiere mitzubringen, ausgenommen Blindenhunde;
- j) zu rauchen.

Artikel III

§ 8 Absatz 1 Satz 2 der Friedhofssatzung wird wie folgt neu gefasst:

Ausnahmen hiervon kann die Friedhofsverwaltung auf Antrag gestatten, wenn der Antragsteller nachweist, dass nach den Bestimmungen der Religions- oder Glaubensgemeinschaft, der die Verstorbene oder der Verstorbene angehörte, eine Erdbestattung ohne Sarg vorgesehen ist; eigene Grabflächen sind für diese Fälle auszuweisen.

22. III. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach
0522/2010

Herr Urbach weist auf die vom Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr empfohlenen Änderungen hin. Der Haupt- und Finanzausschuss solle zu dem so geänderten Beschlussvorschlag eine Beschlussempfehlung abgeben.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig, dem Rat folgende **modifizierte Beschlussempfehlung** zu geben:

Die III. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach wird mit der Veränderung des in § 1 genannten § 5 in der Form beschlossen, dass die Ziffern 1.2.4 und 1.2.5 zu Ziffer 1.2.4 mit folgendem Wortlaut zusammengefasst werden: „Bereitstellung einer Grabstätte für Tot- oder Fehlgeburten 25,00 €“.

Die Gebührenkalkulation ist Bestandteil dieses Beschlusses.

23. Offenhalten von Verkaufsstellen
0632/2010

Herr Schütz kritisiert, es würden zu viele Sonntage verkaufsoffen gehalten. Er halte den Beschlussvorschlag für eine Aushöhlung des Schutzes der Sonntagsruhe.

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, warum für die Stadtteile Schildgen und Refrath weniger verkaufsoffene Sonntage vorgeschlagen würden und mit welchen Gruppen/Organisationen die Verwaltung im Vorfeld gesprochen habe.

Herr Urbach antwortet, die Vorschläge seien von den beteiligten Interessengemeinschaften unterbreitet worden.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme der KIDinitiative bei einer Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

24. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Kürten und der Stadt Bergisch Gladbach bezüglich der Trink- und Löschwasserversorgung Broichhausen
0606/2010

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stimmt dem Abschluss der der Vorlage beiliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Kürten über die Trink- und Löschwasserversorgung von Grundstücken in der Ortslage Broichhausen zu.

25. Parkraumbewirtschaftungskonzept
0529/2010

Herr Lang spricht sich gegen eine Ausdehnung der gebührenpflichtigen Parkzeiten aus und beantragt, diese nicht zu beschließen.

Herr Urbach erläutert, die vorgeschlagene Verlängerung sei weitergehend als der Antrag von Herrn Lang, weshalb er darüber zuerst abstimmen lassen werde.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei einer Enthaltung der FDP, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Parkgebührenordnung wird in der der Vorlage beiliegenden Fassung beschlossen.

26. Änderung der Bürgschaftsrichtlinien
0486/2010

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat beschließt die Änderung der Bürgschaftsrichtlinien.

27. Dienstanweisung der Stadt Bergisch Gladbach für den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten im kommunalen Zins- und Schuldenmanagement
0610/2010

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

28. Unterfinanzierung der Stadt Bergisch Gladbach bei der Wahrnehmung von

Pflichtaufgaben

0640/2010

Herr Dr. Fischer bedankt sich bei der Verwaltung für die von der FDP-Fraktion mittels einer entsprechenden Anfrage initiierten Vorlage.

Herr Kamp fragt, ob die Unterfinanzierung bei der Wahrnehmung von Pflichtaufgaben im Haushalt ausgewiesen und Land und Bund übermittelt werden könnte.

Herr Urbach antwortet, es wäre ein erheblicher Aufwand, dies im Haushalt darzustellen und würde auch dessen Verständlichkeit beeinträchtigen. Die Liste solle fortgeführt werden und er werde im Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW sondieren, wie andere Kommunen mit der Thematik verfahren würden. Zudem werde den Landtags- und Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises eine Kopie der Aufstellung übersandt.

Herr Lang verlässt den Sitzungsraum um 20:07 Uhr und wird fortan von Herrn Santillán vertreten.

Herr Dr. Baeumle-Courth ergänzt, es wäre auch ein Vergleich mit anderen Kommunen über den Städte- und Gemeindebund NRW sinnvoll, ob deren relative Unterfinanzierung in den verschiedenen Bereichen mit der der Stadt Bergisch Gladbach vergleichbar sei oder nicht, woraus Optimierungsmöglichkeiten ersichtlich werden könnten.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

29. Anträge der Fraktionen

29.1 Antrag der SPD Fraktion vom 05.10.2010 zur Gründung von Stadtwerken

0643/2010

Herr Zalfen erläutert, die SPD-Fraktion sei bei ihren Recherchen auf keinen Fall gestoßen, in dem eine Kommune einen Plan zur Gründung eigener Stadtwerke wieder aufgegeben habe. Die Stadt müsse mit den Vorbereitungen zur Gründung von Stadtwerken sehr schnell beginnen, da die Verhandlungen über den Kaufpreis für das vorhandene Netz in der Regel lange Zeit in Anspruch nehmen und in vielen Fällen auch vor Gericht ausgetragen würden. Die SPD-Fraktion schlage zudem vor, einen interfraktionellen Arbeitskreis zu gründen, der die Thematik begleiten solle. Die Mitglieder des Arbeitskreises könnten auf Sitzungsgeldansprüche verzichten. Er bittet die Verwaltung, bei dem Verband kommunaler Unternehmen, in dem die kommunalen Stadtwerke organisiert seien, um Beratung und Hilfe zu ersuchen. So müsse die Stadt u.a. nachweisen, warum sie die Aufnahme besser wahrnehmen könne als ein privater Betreiber und frühzeitig im Bundesanzeiger ankündigen, die Netzkonzession zurückkaufen zu wollen.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung arbeite seit einigen Monaten an der Thematik. Die Verträge würden im Jahr 2014 auslaufen und es bestehe eine zweijährige Kündigungsfrist.

Herr Santillán weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zur Errichtung einer Bürgersolaranlage und Gründung einer Bürgerenergiegesellschaft gemeinsam mit dem Antrag der SPD-Fraktion beraten werden sollte. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB begrüße den Vorschlag zur Einrichtung eines interfraktionellen Arbeitskreises.

Herr Urbach erläutert, die Anträge sollten getrennt voneinander beraten werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden **ergänzten Beschluss**:

Der Bürgermeister wird mit der Prüfung beauftragt, in welcher idealen Rechtsform Stadtwerke zu gründen sind und welche Aufgaben sie wahrnehmen können. Über die Fortschritte berichtet der Bürgermeister dem Haupt- und Finanzausschuss.

Zudem soll ein interfraktioneller Arbeitskreis eingerichtet werden.

**29.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 10.09.2010 Bürgersolaranlage
- Umweltschutz mit hoher Rendite
0642/2010**

Herr Santillán dankt der Verwaltung für die umfangreiche Vorlage. Er wundere sich jedoch über das Ergebnis. Herr Santillán schlägt eine Vertagung der Beratung des Antrages in den noch zu bildenden interfraktionellen Arbeitskreis vor.

Herr Nagelschmidt entgegnet, die CDU-Fraktion habe in der Vergangenheit Anträge gestellt, die Übernahme eines derartigen Geschäftszweiges durch den Stadtentwicklungsbetrieb zu überdenken. In der derzeitigen Haushaltsituation stünden jedoch die dafür notwendigen Investitionen in Konkurrenz zu anderen, dringlicheren Investitionen. Das Thema „Bürgersolaranlage“ solle die Stadt soweit möglich begleiten; schon vom Wortlaut her müssten hier aber investitionsbereite Bürger aktiv werden.

Herr Schmickler ergänzt, es gebe in Bergisch Gladbach eine entsprechende Initiative, die mit der Verwaltung bereits konstruktive Gespräche geführt habe. Die Verwaltung wolle Initiativen unterstützen und positiv begleiten, aber nicht mit eigenem Personal Modelle entwickeln.

Herr Zalfen äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB. Es würde nicht nur die städtische Wirtschaft von der Errichtung einer solchen Anlage profitieren, sondern auch kommunale Klimaziele unterstützt. Herr Zalfen verweist beispielhaft auf die diesbezüglichen erfolgreichen Aktivitäten der Stadtwerke Bonn.

Herr Santillán erläutert, es sei das Ziel des Antrages, dass die Stadt Dächer für die Errichtung von Solaranlagen nutze und in diese Richtung weiter diskutiert werde.

Herr Mömkes signalisiert die Ablehnung des Antrages durch die CDU-Fraktion. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe die Gründung einer Bürgersolaranlage beantragt, und diese solle durch Bürger initiiert und finanziert werden. Die Stadt könne jedoch nicht kostenfrei ihre Dachflächen zur Verfügung stellen, damit Bürger auf Kosten der Stadt Renditen erzielen. Es sei daher auch nicht zielführend, den Antrag in einem Arbeitskreis weiter zu diskutieren, es sei denn, der Stadtentwicklungsbetrieb wolle eine derartige Anlage für die Stadt errichten.

Herr Ziffus nimmt Bezug auf die Darstellung in der Vorlage, die Photovoltaik-Technik sei anderen Techniken zur Energiegewinnung aus regenerativen Quellen wie Wasser, Windkraft und Biomasse unterlegen. Diese Aussage wirke vor dem Hintergrund, dass die Stadt keine Aktivitäten zur Nutzung der Wasserkraft der Strunde z.B. oberhalb der Lochermühle oder zur Ausweisung von Windkraftanlagenstandorten zeige, äußerst unglaubwürdig. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde künftig unter Bezugnahme auf die Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage entsprechende Anträge stellen.

Herr Urbach schlägt vor, dem Vorschlag von Herrn Santillán nachzukommen und den Antrag an den noch zu bildenden interfraktionellen Arbeitskreis zu verweisen.

Aus den Reihen des Haupt- und Finanzausschusses wird kein Widerspruch zu diesem Vorschlag geäußert, so dass er einvernehmlich angenommen wird.

29.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 13.09.2010 zum Erhalt der Gewerbesteuer und zur Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben
0614/2010

Herr Kamp schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ergänzen, dass auch Freiberufler der Gewerbesteuerpflicht unterworfen werden sollten.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass dies auch Antragsinhalt sei.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin einstimmig bei Enthaltung der FDP, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fordert Bund und Länder auf, in der Gemeindefinanzkommission das so genannte Kommunalmodell der Kommunalen Spitzenverbände (Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sowie Einbeziehung der Freiberufler und Selbstständigen in die Gewerbesteuer) zu unterstützen. Das Vorhaben, die Gewerbesteuer abzuschaffen oder zu ersetzen, lehnen wir ab. Zugleich fordern wir vom Bund eine Übernahme von derzeit von den Kommunen zu tragenden Sozialausgaben, um die strukturelle Unterfinanzierung unserer Stadt überwinden zu können. Dazu gehört vorrangig eine deutliche Anhebung der quotalen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II, um das ursprüngliche Ziel der Entlastung der Kommunen von Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit zu erreichen.

30. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Höring: Anfrage zur Verkehrssituation Kreuzung Buddestraße/Gladbacher Straße/Saaler Straße

Herr Höring fragt, wann die an der Kreuzung Buddestraße/Gladbacher Straße/Saaler Straße geänderte Verkehrsführung wieder aufgehoben werde. Der dort wegen der Errichtung eines Geschäftshauses abgesperrte Bereich werde derzeit vornehmlich als Parkfläche genutzt und behindere den Verkehrsfluss.

Herr Urbach bestätigt die Aussage von Herrn Höring. Er habe den Fachbereich 3 gebeten, dem nachzugehen.

Herr Widdenhöfer antwortet, die Genehmigung sei befristet bis März 2011 erteilt worden. Der Bauleiter habe jedoch zugesagt, die Situation bis spätestens Anfang Januar 2011 ändern zu können.

Herr Urbach ergänzt, derartige Genehmigungen würden nach seiner Kenntnis regelmäßig unter Widerrufsvorbehalt erteilt.

Herr Widdenhöfer antwortet, das Argument des Bauträgers, dass die Fläche als Parkfläche für mit dem Innenausbau des Gebäudes beauftragte Handwerker benötigt werde, sei nicht von der Hand zu weisen, da keine Ersatzflächen zum Parken gefunden worden seien. Der Fachbereich 3 werde die Situation jedoch im Auge behalten.

Herr Waldschmidt: Anfrage zur Glätte auf den Zuwegen zum Parkplatz hinter dem Rathaus Stadtmitte

Herr Waldschmidt berichtet, die Treppe hinter dem Rathaus Stadtmitte sei am Montag zwar geräumt, jedoch seien die Zuwege zum Parkplatz durch Eisbildung äußerst glatt gewesen. Er bittet um Änderung dieses Zustandes durch den Einsatz geeigneter Streumaterialien.

Herr Urbach antwortet, die Treppe sei am Montag geräumt und mit Streusalz bestreut worden, dann jedoch wieder überfrozen. Die Verwaltung behalte die Situation im Blick.

Herr Kamp: Anfrage zur Verkehrssituation Büchemer Straße

Herr Kamp weist darauf hin, dass auf der Büchemer Straße in Refrath die Sicht der Verkehrsteilnehmer durch eine Baustelle eingeschränkt werde, so dass der entgegenkommende Verkehr nicht eingesehen werden könne. Er fragt, nach welchen Kriterien die Verwaltung die entsprechenden Genehmigungen für Bauunternehmen erteile.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Schütz: Anfrage zur Situation am Busbahnhof Bensberg am Abend des 08.12.2010

Herr Schütz berichtet, dass sich am Abend des 08.12.2010 auf dem Busbahnhof Bensberg ein Bus auf Grund von Glätte durch wahrscheinlich unzureichende Räumung „quer gestellt“ habe. Der Busbahnhof sei dadurch mindestens eine Stunde außer Betrieb gesetzt gewesen; Fahrgäste hätten ihre Fahrten mit Taxen fortgesetzt. Eine Organisation des chaotischen Zustandes habe nicht stattgefunden. Herr Schütz fragt, ob dies der Verwaltung überhaupt bekannt geworden sei und wie mit solchen Situationen künftig umgegangen werden solle.

Herr Urbach antwortet, der von Herrn Schütz berichtete Zustand sei der Verwaltung bisher nicht bekannt gewesen. Der Sache werde nachgegangen.

Herr Ziffus: Anfrage zur Historie des Parkplatzes hinter dem Rathaus Stadtmitte

Herr Ziffus fragt, für welchen Zweck die jetzt als Parkplatz genutzte Fläche hinter dem Rathaus Stadtmitte ursprünglich einmal geplant gewesen sei.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:28 Uhr.